

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Monatlich 2.10 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:
S. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Die mm-Zeile 25 Bg.
Fernruf 20. — Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Herborn, Montag, den 20. Dezember 1920.

77. Jahrgang.

Weihnachtsstimmung?

Zwei Jahre schon liegen Krieg und Revolution hinter uns. Im Dezember 1918, als die Weihnachtsglocken klingen, brüllten in der Reichshauptstadt Kanonenschüsse, und harte Kämpfe tobten um Schloß und Marstallgebäude. Das Ende war, daß die Front zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auseinanderbrach. Aber ein bürgerlich-sozialistisches Ministerium fand wir dann schließlich nach dem Absturz dieses Jahres zu einer rein bürgerlichen Regierung gekommen, — aber daß wir uns unter ihrer Führung weichen lassen wollten oder auch nur anders fühlten als vorher, das kann selbst der gefälligste Erfolgs-Anbeter kaum behaupten. Kampf und Streit, Unlust und Verdrüssung, Verunsicherung und Sorgen dauern auf der ganzen Linie an, und nirgendwo will sich ein Lichtblick zeigen, der uns zu einer ruhigeren Auffassung der Lage berechtigt. An gutem Willen fehlt es gewiß nicht, weder in der Politik noch in der Wirtschaft, aber dem guten Willen sind leider unter Verhältnissen, unter denen wir leben wie verurteilt sind, die allerersten Grenzen gesetzt, und so kommt es, daß der ganze öffentliche Verkehr in Deutschland den Eindruck völliger Stagnation nicht überwinden kann.

Nehmen wir nur einige Beispiele, wie sie der Tag gerade bietet. Der Reichstag ist gerade im Begriff, in die Weihnachtsferien zu gehen, da steht er ganz plötzlich am Abgrund einer Regierungskrise. Das Reichsnotopfer soll schneller, als das vorjährige Gesetz es festgelegt hat, ausgearbeitet werden, weil das Reich unter allen Umständen Geld in seinen leeren Beutel tun muß. Seit Wochen wird darüber beraten und verhandelt; im entscheidenden Augenblick aber stellt sich heraus, daß von den drei Regierungsparteien nur eine den Entschluß zur Tat zu finden vermag. Darüber natürlich große Aufregung auf allen Seiten. Der Finanzminister läuft zum Reichskanzler, dieser eilt zu den Parteiführern. Es werden fraktionell und interfraktionell die maßgebenden Köpfe zusammengeführt, und schließlich wird wohl doch noch ein Weg gefunden werden, um das Schicksal zu verhüten; aber darüber ist der allerletzte Tag, bis zu dem der Reichstag vor Weihnachten schließlich noch zusammen zu halten ist, herangekommen, und man steht die kalte Notwendigkeit, diese wichtige Vorlage am Vormittag um 11 Uhr zu verabschieden, am Nachmittag in der Vollversammlung zu verabschieden. Kann bei solcher Überbürdung irgendwelcher Gelegenheiten etwas Gutes herauskommen?

Oder blicken wir auf die kaum noch zu erfassende Fülle von Forderungen, Steuerungs-, Pensions- und Rentengesetzen und Verordnungen, die in diesen Tagen durch die preussische Volksvertretung hindurchgeleitet worden sind. Wie ein Sturzregen ergießt sich dieser Segen auf unsere Beamtenklasse, auf die gegenwärtige und auf die im Ruhestand lebende, und niemand weiß sich zurecht zu finden in dieser Unmenge von Gesetzen. Blödsinn heißt es auch, daß die Alpenländer den Reuepensionären gleichgestellt werden sollen, eine Gabe, die gewiß geeignet ist, in vielen und gerade in den gedrücktesten Kreisen der früheren Beamten wieder einigen Lebensmut zu wecken. Aber ob die Regierung sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt hat, ob sie sich selbst, wenn sie es wollte, damit einverstanden erklären könnte — denn sie muß doch schließlich für die Mittel irgendwo aufkommen, — das auf diese Weise von ihr beansprucht werden — darüber ist nicht das Geringste zu erfahren. Ob hier vielleicht nur eine Zufallsmehrheit sich zusammengefunden hat, oder ob ein unabhängiger Wille der maßgebenden Parteien dahintersteht, kein Mensch weiß es. Wenn erst die Parlamentarische Weihnachtsstimmung gemacht haben, wird die Regierung sich wohl den Schaden versehen, wird sie imstande sein, sozusagen die notwendigen parlamentarischen Nachbesserungsarbeiten vorzunehmen, und danach vielleicht sich schlüssig zu machen, was weiter geschehen soll. Das ist schließlich kaum größer, als wir es soeben durchleben.

Daneben haben wir im rheinisch-westfälischen Grubenstreik wieder einmal einen „wilden“ Bergarbeiterstreik — und weil in Wien die Poststreiks fortwähren, wird der gesamte Post- und Paketverkehr mit Österreich in Deutschland abgelehrt. Auch die Kellner haben an der blauen Donau die Arbeit eingestellt, während an der Spree die Küchenbetriebe der großen Hotels und Wirtschaften geschlossen worden sind, und wie in Berlin der Rechtsstreit um den dritten Band der Gedanken und Erinnerungen unseres Reichskanzlers nicht zur Ruhe kommen will, so treiben Berliner und Erbsberger vor dem Reichsgericht in Leipzig wieder einmal die Klagen.

Nur, wohin man sieht, alles andere eher, als eine Vorbereitung auf die Weihnachtsstimmung, die uns in früheren Jahren doch von so manchem Hader des Jahres erlöste. Schließlich, die Menschheit ist nicht reicher, nicht glücklicher und wohl auch nicht besser geworden, seitdem das Schicksal uns hierher in den Dezember 1920 geführt hat.

Verlagung des Reichstages.

18. Sitzung.) Berlin, 18. Dezember.
Heute wurde das Gesetz betreffend die Ein- und Ausreise von Kriegsgesetz ohne Ausdrucksantrag angenommen. Dann wurde die Vorlage über die Verlängerung der im 1. und 2. Abschnitt des Gesetzes vom 1. April 1919 (Betriebs- und Gewerkschaften) in allen drei Beschlüssen angenommen. Weiter wurde der Entwurf betreffend die Verlängerung der Verjährungsfrist des Gewerkschaftsgesetzes ebenfalls angenommen. Dann kam man zu der zweiten Beratung des Pensionsergänzungsgesetzes.

Nachdem Abg. Dr. Ritz (Dem.) über die Ausschussvorstellungen berichtet hatte, stellte ein Regierungsvertreter die finanzielle Lage fest. Im laufenden Jahre betragen

4 1/2 Milliarden Reichsmark. Die werden im Laufe dieses Jahres auf 7 1/2 Milliarden steigen. Die Kosten dieses Gesetzes, die nach der Regierungsvorlage 900 Millionen ausmachen, kommen noch dazu. Wenn die Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre durchgeführt wird, kommen weitere 500 Millionen jährlich dazu. Es wäre zu empfehlen, lieber die Regierungsvorlage anzunehmen, wenn sich die finanzielle Lage übersehen läßt.

Abg. v. Goltz (Deutschn. Vp.) betonte: Vor allen Dingen verlangen wir eine Erhöhung der Kriegs- und Verfallmehrszulagen und Herabsetzung des Existenzminimums für pensionierte Beamte und Hauptleute. Die alten Offiziere fühlen sich ungerecht behandelt gegenüber den Kriegsoffizieren. Reichsfinanzminister Dr. Wirth bemerkte: Den Antrag v. Goltz verwerfe ich. Es ist aber unmöglich, ihn in das Gesetz aufzunehmen. Ich bitte deshalb um Ablehnung des Antrages. Falls Sie für die Erweiterung der Pensionsbezugs für die Altbeamten einstimmig eintreten, wird Ihnen nach Weihnachten die Rechnung in Gestalt einer neuen Steueranweisung präsentiert werden. Ich nehme dann das Verständnis der Parteien an.

Nach einigen weiteren Bemerkungen schloß die Aussprache. In der Abstimmung wurden die Anträge der Koalitionsparteien und der sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 8 (14. fache Anrechnung der Kriegstätigkeit) angenommen. Im übrigen fand das Gesetz in der Ausschussfassung unter Abänderung der weiteren Abänderungsanträge Annahme. In der sofort vorgenommenen dritten Lesung wurde das Gesetz mit den Änderungen in der zweiten Lesung ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Darauf kam man zu den von allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, beantragten außerordentlichen Beihilfen für die Invalidenrenten.

Nach einigen Bemerkungen schloß die Aussprache. Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen unter Ablehnung der unabhängigen-kommunistischen Anträge angenommen, in der Schlussabstimmung sogar einstimmig.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlass von Verordnungen für die Zwecke der Übergangswirtschaft (Ermächtigungsgesetz). Danach kann die Regierung mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses von 23 Mitgliedern wirtschaftliche Übergangsverordnungen erlassen. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde die Vorlage mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Dann kam man zu der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers.

Der § 1 dieses von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzes lautet: Das Reichsnotopfer ist, soweit es 10 % des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe beschleunigt zu entrichten. Die Abgabe ist bis zur Höhe eines Drittels in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März und 1. November 1921 zu zahlen. Der überschüssige Teil (bis zu 10 % des abgabepflichtigen Vermögens) ist bis zum 1. Mai 1922 zu zahlen. Ist ein Steuerbefehl am 1. Februar 1921 noch nicht ausgeführt, so ist die erste Teilzahlung am 1. März 1921 auf die Zustellung folgenden Monats fällig, die zweite sechs Monate später, jedoch nicht vor dem 1. November 1921 und die dritte weitere sechs Monate nach der Fälligkeit der zweiten Rate. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, soweit der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die beschleunigte Entrichtung der Abgabe die Förderung der wirtschaftlichen Erholung, die Entziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals der Betriebe oder die Beeinträchtigung des angemessenen Unterhalts für sich oder seine Familie zur Folge haben würde. In diesen Fällen kann die Zahlung in den im Gesetz über das Reichsnotopfer vorgesehenen Teilbeträgen bewilligt werden.

Es liegen verschiedene Abänderungsanträge von Sozialdemokraten und den Deutschnationalen vor. Diese wollen abweichende Bestimmungen treffen. Die Anträge werden von Dr. Helfferich (Deutschn. Vp.) begründet. Dabei kommt es zu heftigen Zwischenfällen, die den Deutschnationalen vorwerfen, sie wollten die Erhebung der Steuer labortieren. Der Redner tritt lebhaft für die Zwangsanleihe ein, die besser sei als diese Vorlage, und für die ja anlässlich auch der Reichsfinanzminister geworben sei.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erwidert, der Vorlage der Regierungsparteien zustimmen. Eine Erhöhung ist das Reichsnotopfer nicht. Dem Reichsbankpräsidenten bin ich heute noch für seine Ausführungen sehr dankbar. Wir war eine Einführung der Zwangsanleihe sehr erwünscht. Es war Sache der Regierungsparteien, sich zu entscheiden. Ich brauche deshalb noch keine Zwangsanleihe vorzubringen, denn das Kabinett entschied sich für die Vorlage der Regierungsparteien.

Die Parteiführer Abg. Becker (Deutschn. Vp.), Dr. Hund (Dem.), Dr. Braun (Soz.) erklären den Standpunkt ihrer politischen Freunde, wobei sich Abg. Braun namentlich gegen die von Dr. Helfferich empfohlene Zwangsanleihe wendet.

Abg. Henke (N. Soz.) greift den Abg. Dr. Helfferich scharf an. Abg. Dr. Helfferich erwidert ebenso scharf. An den weiteren Auseinandersetzungen beteiligten sich der Reichsfinanzminister, die Abgg. Dr. Roß (Deutschn. Vp.), Nießner (Deutschn. Vp.) u. a. Danach wurde die Aussprache geschlossen.

Die Anträge des Abg. Dr. Helfferich wurden abgelehnt und die Vorlage wurde so, wie sie von den Regierungsparteien eingebracht worden ist, angenommen, ebenso in der mit angehängten dritten Lesung. Dagegen stimmten nur die Deutschnationalen.

Bei der Abstimmung über die Intervallation der Unabhängigen betr. die Beziehungen zu Ausland ist sich die Beschlussfähigkeit des Hauses heraus, worauf sich das Haus bis zum 19. Januar 1921 vertagt.

Preussische Landesversammlung.

101. Sitzung.) Berlin, 18. Dezember.

Nach einer Reihe kleinerer Vorlagen wurde gestern die Vorlage über die Vermögensänderung mit der Krone Preußens nochmals behandelt und schließlich dem Reichstagsausschuss zur nachmaligen Prüfung überwiesen.

Heute wird nach Erledigung einiger nebensächlichen Angelegenheiten die Vorlage über die Verleihung von Staatsmitteln zur Selbstverwirklichung von Domänen behandelt. Es entspinnt sich eine längere Debatte, wobei namentlich ein Antrag der Deutschnationalen eine Rolle spielt, über den grundlegenden § 1 namentlich abgestimmt. Auf Antrag des Abg. Giering (Soz.) beschließt das Haus, die namentlichen Abstimmungen bis 11. Januar zu vertagen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Belohnung der Lehrer und Lehrerinnen in öffentlichen mittleren Schulen (Mittel schullehrer-Dienstentlohnungsgesetz).

Riesenzahlungen an England und Frankreich.

Das Ausgleichsverfahren.

Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Aber die Höhe der bisher im Ausgleichsverfahren an England und Frankreich geleisteten Zahlungen sind in der letzten Zeit vielfach irrige Mitteilungen durch die Presse gegangen. In Wahrheit handelt es sich dabei um folgende Beträge:

An England sind bisher entrichtet worden: Anfang August 1920 86 311 Pfund Sterling, Anfang September 1920 750 Pfund Sterling, Anfang Oktober 1920 317 Pfund Sterling, Anfang November 1920 143 071 Pfund Sterling. Im ganzen also 8 823 449 Pfund Sterling. An Frankreich sind bisher zum Zwecke der Abdeckung des Oktober-Debitbaldos im Ausgleichsverfahren mit Tag-Lothringen Anfang November 1920 48 158 051 Franc gezahlt worden.

Gegenüber der Meldung, daß in Oberschlesien die fünfmonatige Belohnungsgulde noch nicht bezahlt sei, wird vom Pressedienst der preussischen Staatsregierung mitgeteilt, daß am 11. 12. das preussische Finanzministerium einen Erlass herausgegeben hat, die Nachzahlung der Beträge für die fünf Monate spätestens am 17. Dezember zu bewerkstelligen. Die Prämien dürfen daher bereits im Besitz der berechtigten Geber sein.

Pessimistische Stimmung in Brüssel.

Der Eindruck von Havens Rebe.

Der Sondervertreter der „Agence Havas“ gibt eine sehr pessimistische Schilderung der Verhandlungen in Brüssel, die im wesentlichen durch die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havens beleuchtet war. Der Vertreter der „Agence Havas“ kommt zu folgendem Schluß:

Die Deutschen erklären: Verlangt für den Augenblick nichts mehr von uns, wir sind mit unserem Atem zu Ende, laßt uns noch die Luft zu atmen. Wenn das eintreten sollte, dann werden die Alliierten unter sich beraten und dann gehen, einen Fragebogen aufzuheben, der schon in Vorbereitung ist und der den deutschen Delegierten mitgeteilt werden würde. Wenn dieser Versuch zum Zweck eines Zusammenarbeitens mit den Vertretern Deutschlands keine zufriedenstellende Lösung ergeben sollte, dann bleibt nur noch übrig, daß die Alliierten unter sich die Modalitäten ausfindig machen, wie der Vertrag von Versailles in einer Weise angewandt werden solle, die mit der Lage Deutschlands am besten im Einklang steht. Diese Modalitäten werde man dann in dem Verfahren, wie es im Friedensvertrag für das nächste festgelegte Datum, den 1. Mai 1921, vorgesehen sei, durch die Reparationskommission notifizieren lassen. Trotz dieses in Entente-Kreisen herrschenden Eindrucks hege man noch die Hoffnung, daß die Konferenz von Brüssel nicht mit diesem stillen Misserfolg enden werde, und es sehe so aus, als ob in dieser Beziehung der morgige Tag entscheidend sein könnte.

In diesen Ausführungen wird ein zehnjähriger Vertreter Stelle mitgeteilt: Es war unbedingt nötig, der Gegenüber die außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands darzulegen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese ungeschminkte Darstellung auf die Sachverständigen der Alliierten zunächst einen vielleicht unerwarteten Eindruck gemacht hat. Diese Lage schließt jedoch keinen Anlaß maßgebender deutscher Stellen nicht aus, daß auf der Basis der durch die deutschen Darlegungen gewonnenen Erkenntnis im Zusammenarbeiten mit den Sachverständigen der Alliierten eine positive Lösung in der Reparationsfrage gefunden wird.

Neue Forderungen Frankreichs.

In der französischen Kammer erklärte Ministerpräsident Leger: Den französischen Unterhändlern in Brüssel seien klare und bestimmte Instruktionen gegeben worden. Es handle sich nicht darum, Deutschland zu zwingen, alles in Goldmark zu zahlen, aber alle Vertragsklauseln sollten durchgeführt werden. Es müsse bestimmt werden, ob Deutschland in Geld oder in Waren bezahle. Auf keinen Fall dürfe Frankreich als ein Land erscheinen, das Mißbrauch mit seinen Kräften treibe. Der Ministerpräsident sagte, Deutschland werde bezahlen, weil es bezahlen müsse. Balle es nicht, so werde Frankreich Wälder nehmen oder Städtchen zerstören verlangen. Niemals sei das Einverständnis zwischen Frankreich und England besser gewesen wie jetzt. Nach einer etwas erregten Debatte nimmt die Kammer schließlich mit 402 gegen 65 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

Teilung des Raubes.

Die Mandate über die deutschen Kolonien.

Der Völkerratsrat prüfte die Mandatsprojekte, die ihm von einigen Mitgliedern unterbreitet wurden. Die Mandate sind: Samoa (das Neuseeland zugehört wird), Neu-Guinea und die anderen Inseln südlich vom Äquator (Australien), Ruau (England), das frühere Deutsch-Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich vom Äquator (Japan). Nach einer Erklärung des japanischen Vertreters, der Vorbehalte über die Behandlung japanischer Untertanen in den Mandatsgebieten machte, faßte der Rat Beschlüsse über die Mandatsausübung.

Die amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat im Namen Neuseelands von England ausgeht. Danach haben die Mandatäre volle administrative und gesetzgebende Gewalt über das

Manbalsgebiet, auf das als Bestandteil des betreffenden Landes die Geleise des Mandatars Anwendung finden. Die übrigen Artikel des Beschlusses enthalten Bestimmungen über das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit, über die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels, Verbot des Handels mit alkoholischen Getränken, Verbot der Militärinstitution für Eingeborene außer für Polizeibedürfnisse. Ferner wird die Errichtung von Militär- und Flottenstützpunkten und die Befestigung im Mandatsgebiet untersagt. Die Missionäre aller Bänderbündnismitglieder haben freien Zutritt. Streitkräfte, die zwischen einem Mandatar und einem Bänderbündnismitglied über die Auslegung des Mandats beilegen, und die nicht auf dem Wege der Verhandlungen zu regeln sind, müssen dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden.

Die Eisenbahnen nach dem Kriege.

100 000 Mann zuviel.

Der Reichsverkehrsminister Groener hielt kürzlich einen interessanten Vortrag über unsere Eisenbahnen, in dem u. a. ausführte:

Vom Sommer 1915 bis Sommer 1916 nahm der Militärbetrieb um 100 % zu und konnte doch nicht bewältigt werden. Bis zum Sommer 1917 wuchs er wieder um 20 %. Um ihn zu bewältigen, hätte der Bestand an Lokomotiven um 60 % gesteigert werden müssen. So waren wir denn im Herbst 1918 am Ende unserer Kräfte. Es ist uns unmöglich, in ein bis zwei Jahren diese Verluste auszugleichen, zumal bei der enormen Steigerung der Material- und Personalkosten. Wir haben im Jahre 1913 rund 32 Milliarden Reichsmark bewältigt. Heute bleiben unsere Leistungen erheblich dahinter zurück. Wir beschäftigen vor dem Kriege 740 000 Mann, jetzt fast 1 100 000, also selbst wenn man den Achthunderttag in Rechnung legt, noch mindestens 100 000 Mann zuviel. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß niemand mehr in den Eisenbahnbetrieb aufgenommen wird, daß ferner der Kautelstand nicht schematisch behandelt wird, sondern daß nur die wirklich geleistete Arbeit ohne Berücksichtigung der Ruhepausen, die im Eisenbahnverkehr besonders häufig sind, bezahlt wird. Das Verhältnis des Personal- zu den Materialkosten hat sich übrigens so gehalten, daß die Materialkosten ins Ungeheuerliche ansehnswürdig sind, während im Verhältnis dazu die Personalkosten nicht so stark in die Höhe gegangen sind. Die Erhöhung der Tarife, das 4 1/2-fache für Personen, das Sechsfache für Güter, ist sehr mäßig, und wir bleiben heute noch bedeutend unter dem Selbstkosten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das Strafverfahren gegen Erzberger. In dem Strafverfahren gegen Erzberger wegen Verletzung der Eidspflicht hat der Verteidiger Erzbergers, Justizrat Löwenstein, den Antrag gestellt, daß alsbald nach Genehmigung der Strafverfolgung die gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet werde. Das Verfahren gegen Erzberger beschränkt sich darauf, ob er im Selbstschuß-Prozess in einzelnen Punkten seiner Aussage als Zeuge die Wahrheitspflicht verletzt hat. Unrichtigkeiten in seiner Aussage als Nebenkläger können nicht Gegenstand eines Verfahrens bilden, da sie nicht unter Eid erfolgt ist.

+ Keine Kapitalverschiebungen der Hohenzollern. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen das Bankhaus Grunert u. Co. hat keine Kapitalverschiebungen von Mitgliedern des früheren Königshauses festgestellt. Es ist eine große Anzahl Zeugen vernommen worden. Die Bücher und Korrespondenzen des Bankhauses wurden von Revisoren geprüft.

Frankreich.

x Der vorsichtige amerikanische Botschafter. In Paris ereignete sich anläßlich eines Empfanges beim französischen Kammerpräsidenten ein kleiner Zwischenfall zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Botschafter. Der deutsche Botschafter Dr. Wager hat einen Beamten, den dem amerikanischen Botschafter vorstellen zu wollen. Der Beamte übermittelte diese Bitte dem amerikanischen Botschafter Wallace, der darauf erwiderte: „Haben Sie die Lebenswürdigkeit zu vergessen, mir die Bestellung auszurichten; ich werde vergessen, daß Sie mir ausgerichtet worden ist.“ Er kenne den deutschen Botschafter nicht und wolle ihm auch nicht vorgestellt werden, so lange Amerika und Deutschland sich noch nicht im Friedenszustand befinden.

Griechenland.

x Mißglückter Militärputsch. Nach einer Meldung aus Athen teilte eine amtliche Verlautbarung mit, General Panagiotis, Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Thessalien, habe den Versuch gemacht, in verschiedenen Gegenden der Provinz einen Aufstand herbeizuführen. Da der Versuch gescheitert sei, sei der General mit mehreren Offizieren nach Konstantinopel abgereist.

Vom Tage.

Berlin, 18. Dez. Der Sozialausschuß des Reichstags kam zu einer Verständigung bezüglich der Invalidentrentner. Danach sollen diese und ihre Witwen 40 Mk. bzw. 20 Mk. mehr Beihilfen erhalten. Nach den Weihnachtsferien will der Ausschuß den Knappschafts-, Unfall- und Invalidentrentnern ebenfalls Hilfe zuteil werden lassen.

Berlin, 18. Dez. Der Rechtsbeistand des Fürsten Otto von Bismarck sendet der „Vossischen Zeitung“ eine Zuschrift in der es u. a. heißt, daß sich der Cottasche Verlag verpflichtet, den dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ nicht bei Lebenszeiten des Kaisers Wilhelm zu veröffentlichen, wogegen Fürst Herbert auf die erheblichen Honoraransprüche verzichtete. Fürst Otto von Bismarck hat stets der Ansicht widersprochen, daß durch die Revolution veränderte Umstände geschaffen seien.

London, 18. Dez. Der amtliche Bericht über die Schlacht am Tlagerral ist jetzt unter dem Titel „Schlacht von Jütland, amtliche Meldungen“ veröffentlicht worden. Es ist ein starker Band von 603 Seiten mit einem Kartenanhang. Admiral Jellicoe hat ein Vorwort dazu geschrieben. Das Buch enthält nichts Neues. Man erwartet von dem Buch eine gewisse Wirkung auf die gegenwärtig im Vordergrund stehende Kontroverse zwischen den Anhängern der Großkampfschiffe. Der Bericht erkennt die Überlegenheit der deutschen Schiffsartillerie und des deut-

schen Signalwesens an, ferner wird gesagt, daß die englische Admiralität von den Absichten der deutschen Flotte Kenntnis hatte.

Paris, 18. Dez. Die englische Regierung hat ihren Gesandten aus Athen abberufen. Man nimmt an, daß auch die Vertreter Frankreichs und Italiens abreisen werden. Offenbar soll bezweckt werden, daß sich kein Vertreter der drei Mächte an dem Tage in Athen befindet, wo König Konstantin in Athen eintrifft.

Das Ende der ersten Tagung des Bänderbundes.

Genf, 19. Dez. Die erste Tagung des Bänderbundes in Genf ist gestern Abend zu Ende gegangen. Um 6 Uhr Abends ergriff der Vorsitzende Schmids das Wort zur Schlussrede. Er dankte der Schweiz und der Stadt Genf für die gastfreundliche Aufnahme der Versammlung und stellte als Ergebnis zwei Erfolge fest: Erstens die Begründung eines internationalen Gerichtshofes und zweitens die Offenbarung der Lebensfähigkeit des Bundes. Schmids schloß mit einem eindrucksvollen Ausruf an die Jugend, die er ermahnte, sich dem Geiste des Friedens zuzuwenden.

Sonntagsblätter im Rheinland.

Rhein. Zur Milderung der Kohlennot des Kölner Wirtschaftsgebietes haben sich die Bergarbeiter des rheinischen Braunkohlenreviers bereit erklärt, monatlich eine Sonntagschicht zu versehen. Die hierdurch erzielte Mehrförderung beträgt 15 000 Tonnen, von denen die Stadt Köln 165 000 Bunker erhält.

Militärische Bewegungen in Ungarn.

Braun. Hier sind Nachrichten eingelaufen über verdächtige ungarische Militärbewegungen. Man rechnet mit der Möglichkeit der Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs in Ungarn.

Der Papst und das Kinderelend.

Rom. Bei dem Empfang des dänischen Königs paares durch den Papst sprach dieser hauptsächlich über das schreckliche Elend der Kinder Mitteleuropas, deren trauriges Los gemildert werden müsse.

Keine Sowjetheeresberichte mehr!

Moskau. Der Feldmarschall des revolutionären Kriegesrates der Republik teilt mit, daß er die Herausgabe von falschen Heeresberichten einstelle. In Zukunft würden nur gelegentliche Mitteilungen nach Bedarf erfolgen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Das Ergebnis der Waffensuche im Norden der Stadt zeigte als Ergebnis drei Karabiner und einige Pistolen.

Budapest. Lichtsicherin hat die rumänische Regierung, Ort und Datum für eine Friedenskonferenz vorzuschlagen.

Kristiansund. In Bardø (Nordnorwegen) ist in diesen Tagen ein Schiff aus Murmansk eingetroffen, auf dem sich mehrere Kisten russischen Goldes befanden. Das Gold wurde sofort beschlagnahmt.

Partei-politisches.

Daiger. Man schreibt uns: Die deutsche Volkspartei begann ihre Winterarbeit mit 19 öffentlichen Versammlungen. Am 13., 14. und 15. Dezember sprachen 7 Redner des Wahlkreises Hesse-Rassau in den Orten Schönbach, Weilsheim, Driedorf, Merkenbach, Breitshausen, Rabenscheid, Hohenroth, Sinn, Widen, Herbornseelbach, Eismenroth, Liebertthal, Niederrhein, Fronhausen, Wilsenbach, Straßbergbach, Eibelshausen, Odetropbach und Rennerod.

Trotz der Versammlungsmüdigkeit, die bisher auf dem Lande herrschte, waren die Versammlungen durchweg sehr gut besucht, sodaß festgestellt werden kann, daß das Interesse des Bürgertums an der Arbeit der Deutschen Volkspartei in der Regierung auch in den weitesten Kreisen Boden gefast hat.

Die Redner sprachen über das Thema: die Deutsche Volkspartei in der Regierung und die politische Lage. Sie gaben in umfassender Weise ein Bild der gesamten politischen Lage, ein Bild über die Stellung der Deutschen Volkspartei seit der Reichstagswahl, über die Arbeit, die die Partei seit ihrer kurzen Regierungszeit geleistet hat und gleichzeitig ein Gesamtbild unserer innerpolitischen und außerpolitischen Situation. Ausführlich gingen die Redner auf die Stellung der Deutschen Volkspartei gegenüber den anderen Parteien ein und stellten ausdrücklich fest, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eingetreten sei, weil es das Wohl des Vaterlandes erforderte. Im Weiteren berichteten sie über das, was die Deutsche Volkspartei im Rahmen der Regierung an Fortschritten zu erreichen bzw. was sie an politischen Fehlern zu verhindern gewußt hat. Besonders eingehend befaßten sie sich mit den zurzeit im Vordergrund des Interesses stehenden wirtschaftlichen Fragen, betonten, wie wenig gerade unsere Zeit des tiefsten Niedergangs für sozialistische Experimente geeignet ist und daß die Deutsche Volkspartei in den Lebensfragen der deutschen Wirtschaft, in der Sozialisierungsfrage, wie ihre Hand zu Experimenten bieten werde, die die deutsche Wirtschaft zugrunde richten. Besonders hoben sie hervor, daß sich das deutsche Volk endlich wieder auf nationalem Boden einigen müsse. Vaterlandsache und Vaterlandstreue müssen bei uns wieder zur Geltung kommen. Jetzt in der Zeit des tiefsten Elends, wo der deutsche Gedanke seine innere Kraft offenbaren sollte, ist es unbedingt nötig, daß alle Deutsche zusammenstehen in der Liebe zu ihrem Vaterlande.

Die Vorträge übten in allen Versammlungen eine ausgezeichnete Wirkung aus, die sich auch darin befand, daß anwesende Vertreter der anderen Parteien nicht sachlich wirksam zu entgegnen vermochten und sich fast in allen Versammlungen an einer Diskussion nicht beteiligten. Für die Deutsche Volkspartei im Distrikt waren die 19 Vorträge, die durchweg mit größter Aufmerksamkeit angehört wurden und allgemeinen Beifall fanden, ein großer Erfolg. Es zeigte sich, daß auch im Distrikt sich weitestgehend die Grundsätze der Deutschen Volkspartei zu eigen gemacht haben und auch gewillt sind ihr Bestes einzusetzen, um im Sinne der Deutschen Volkspartei am Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 20. Dezember.

* Der gestrige goldene Sonntag, den Jahresverhältnissen nach, mußte er eigentlich der Bänderbündnisfeier, hatte viele auswärtige Käufer in unsere Stadt geführt. In den Geschäften war der Betrieb im allgemeinen gut und in manchen Geschäften sogar sehr, sodaß unsere Geschäftswelt wohl auf ihre Rechnung gekommen sein dürfte.

* Dasselbe Quantum Mehl wie jetzt, also 5 Pfund pro Kopf, kommt im Laufe der Monate Januar und Februar nochmals zur Verteilung. Es ist dabei die Entscheidung getroffen, daß das Mehl nach und nach abgeholt werden kann.

* Der Ladenschluß war vom 1. 1. 21 ab bekanntlich auf 5 1/2 Uhr Abends und Samstags auf 6 Uhr festgesetzt. Da das viel zu früh ist, hat der Herr Bürgermeister auf Wunsch eine Eingabe auf Abänderung der Zeiten gemacht. Diese Eingabe hatte Erfolg: es wird mit dem Ladenschluß wie bisher, auch am Samstag um 7 Uhr, um es der Arbeiterschaft zu ermöglichen an diesen Geldlage ihre Einkünfte machen zu können.

* Die Schließung der Bäckerei'schen Wägen in Ballersbach ist bis auf Weiteres angeordnet.

* Eine neue Eisenbahntarifserhöhung in Sicht. Der Reichsverkehrsminister teilte vor einem Kreise einflussreicher Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben mit, daß eine weitere Tarifierhöhung im Personen- und Güterverkehr bestimmt in Aussicht genommen sei. Die Erhöhung im Personenverkehr soll sich aber in bescheidenen Grenzen als die letzte hundertprozentige Erhöhung halten. Begründet wird die neue Belastung damit, daß die Selbstkosten der Bahnbeförderung um das 1 1/2-fache die Tariffsätze aber nur um das 4/5-fache gestiegen seien.

* (Weihnachtskuchen.) Eine Bekanntmachung der Bürgermeister der hiesigen Stadt, nach welcher das Backenbacken in der Zeit vom 20. ds. bis 1. 1. 21 abgelehnt, war die Veranlassung zu einer Versammlung, die gestern Abend 8 Uhr im Rathaussaale stattfand. Sämtliche Bäckermeister waren anwesend, das Ortsratteil Herborn und außerdem eine große Anzahl Zuhörer, sodaß der Saal dicht besetzt war. Herr Bürgermeister Birkendahl eröffnete die Versammlung mit der Verlesung der betr. Bekanntmachung und führte dann aus, daß die von den Bäckermeistern angegebenen Gründe in keinem einzigen Falle stichhaltig seien. Die Bäcker hätten in keinem Falle das Recht, die Mehlverteilung für sich in Anspruch zu nehmen. Der Magistrat lasse eine Antwort auf eine Eingabe nicht erteilen, weil er solche seitens der Bäcker an ihn gar nicht erfolgt sei. Sei einzig und allein die Lebensmittelkommission das Lebensmittellamt zuständig. Wenn weiter die Bäcker mit Mehlmaterial so beliefert werden würden, wie sie wünschten, so bliebe von dem bisherigen Brennstoff der Herborn keine, für die Bürgerschaft nichts mehr übrig. Die Bäcker hätten immer und zu allererst zu sich kommen, daß sie in der Lage waren, uns das Mehl zu backen. Alle angeführten Gründe seien nicht stichhaltig und müßten ganz entschieden zurückgewiesen werden. Die Bäcker hätten glaubig, daß ihr Unrecht geschehen sei, dann müßte sie sich mit ihren Beschwerden an die richtige Behörde wenden, so aber wollten sie mit der Maßnahme die gesamte Bürgerschaft treffen. Die Gegenstände sollten doch in den jetzigen Zeiten nicht verschärfen, sondern ausgeglichen werden und namentlich jetzt, wo der Fest der Freude vor der Tür steht. Derjenige aber, der den Bäckern den Rat zu der getroffenen Maßnahme gegeben habe, müßte sich eigentlich schämen (Zurufe: gut, sehr richtig). Als Vertreter der hiesigen Bäcker trat dann Herr Friedrich Hoffmann. Herr Hoffmann betonte die von dem Herrn Bürgermeister gemachten Ausführungen zu widerlegen, was ihm aber nicht gelang. Von der Lebensmittelkommission sprach dann der Vertreter des Ortsratteils, Herr Arabin. Alle Streitigkeiten blieben seinen Zweck; die Bäcker sollten erklären, wie hoch Kuchen und damit sei die Angelegenheit aus der Welt geschafft, mit ihren Beschwerden und Wünschen aber sollten sie sich an die richtige Behörde wenden, dann werde für Milderung und Besserung gesorgt. Der Herr Bürgermeister fragt nunmehr die Bäcker wie sie sich zu der Angelegenheit stellten, sie sollten klipp und klar erklären, ob sie Kuchen backen wollten oder nicht, damit im Interesse der Bürgerschaft im Falle verneinender Antwort die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen werden könnten. Die Bäcker ernannten sich zu einer Beratung mit dem Saale. Nach einiger Zeit erschien Herr Hoffmann, um zu erklären, daß die Bäcker ihre Bekanntmachung zurückziehen und die Weihnachtskuchen backen wollten. — So war denn der Tag der Versammlung, die manches Interessante, auch insofern auf die Brodbäckerie bot, um 9 1/2 Uhr erreicht. Aus ihm ist auch hervorgegangen, daß die Bäcker nicht immer dankbar sind, wenn es schlechtes Brot gibt.

* (Heimstättenfest in Herborn.) Man schreibt uns: Am Freitag, den 17. Dezember, fand in der Aula der Hohen Schule der erste Heimstättenfest in Herborn statt. Der Redner des Abends, Herr Rickas aus Herborn, hat in einem 1 1/2stündigen Vortrag, der außerordentlich reich war an tiefen und wertvollen Gedanken, seinen Zuhörern eine zu Herzen gehende Schilderung aus dem Gebiet der sozialen Not, dem Wohnungsseind, gegeben und auf Mittel und Wege hingewiesen, die sehr gut geeignet sind, diesen bedauernswerten Zuständen ein Ende zu bereiten. Rückblickend auf die Zeit vor dem Krieg, wies er an Beispielen, an denen leider kein Mangel herrschte, daß das Wohnungsseind die größte Gefahr bedrohte für Gesundheit und Sittlichkeit. Die Regierung habe früher vor und auch während des Krieges viel verschwendet. Sie ist über Erwägungen nicht hinausgekommen und hat daher die Hoffnung auf ein gutes Heim bei Tausenden von Kriegern vernichtet. Darin muß man eine Ursache unserer Niederlage erblicken. In den uns feindlichen Ländern war es besser; dort wurde gehandelt. Für deutschen

sich heute mehr als eine Million Haushaltungen
Bewohnung! Wenn es bei uns besser werden soll,
Heimstätten in großer Zahl gegründet werden.
Waisenfamilien müssen verschwinden. Dazu ist billige
und Geld erforderlich. Die Gemeinden müssen Bo-
rennspolizei treiben, gegebenenfalls zu angemeffenen
Enteignungen vorgehen. Der Regierung sind
brauchbare Vorschläge zwecks Beschaffung von Land
gemacht worden. Aber man wartet anscheinend
immer noch auf bessere Vorschläge und vergißt das
schon. Die Spargenossenschaften stehen hinter diesen
Vorschlägen; notwendig ist aber auch einmütiges Zu-
stimmens der Ortsparlamente. Da der Einzelne nichts
tun kann, müssen Genossenschaften gebildet werden;
dies war schon vor dem Kriege gemacht worden;
die Vorbereitungen beendet sind, sobald Land und
zur Verfügung stehen. Da die Behörden zu schwer-
arbeiten, muß immer wieder gedrängt werden. Wenn
andere Gefährdung der Verhältnisse eintreten soll, muß
andere Bodenrecht geschaffen werden. Der Gesamt-
muß restlos das zugeführt werden, was der Allge-
meinheit gehört; dem Einzelnen ist der Ertrag seiner
Leistung möglichst ungeschmälert zu sichern. Daher
an die Stelle der Besteuerung des Bodens nach dem
Marktwert die nach dem gemeinen Wert treten. Selbst-
verständlich ist auch bei Durchführung aller Vorschläge
eine allmähliche Besserung der Verhältnisse zu er-
zielen; aber wir müssen ja vor allen Dingen dafür
sorgen, daß es unsern Kindern dereinst besser gehe wie
uns. Nach den Ausführungen des Hauptreferenten er-
reichte Herr Arnold kurz Bericht über den Verlauf der
Sitzungstagung in Berlin. Die Hauptaufgabe der zu
der Tagung entsandten Delegierten bestehe darin, die
Anliegen über Heimstättenbildung hinauszutragen in das
Land. Es sei notwendig darauf hinzuweisen, welche ver-
tiefte Baupolitik vor dem Kriege getrieben worden sei.
Es habe großartige Kranzenghäuser und dergl. gebaut
die halb Geheften wieder in dumpe, Licht- und
Luft Räume zurückgeführt. Die Zahl der Gefäng-
nisse und Zuchthäuser stieg, weil man die alle Sittlich-
keit untergrabenden Wohnfälle nicht nur nicht beseitigte,
sondern ihren Bau noch begünstigte. So kann es nicht
weitergehen. Allerdings muß gesagt werden: Nicht stär-
ken und drängen, sondern alles ruhig erwägen; sonst
kann die Rückschlüsse. Der in Herborn bereits gegrün-
dete Heimstättenauschuß wird schon in nächster Zeit an-
sichts Behörden herantreten, damit alle Vorbereitungen
gegründet werden. In einer Entschließung, die von der
Versammlung einstimmig angenommen wurde, wird die
Regierung aufgefordert, rasch zu handeln und die vor-
genannten, das Bauen von Heimstätten ermöglichenden Ge-
setzesentwürfen zur Verabschiedung zu bringen und der Vo-
lkschulung mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Sen-
ten bot der Abend nicht; aber viele gingen nach Hause
mit dem beruhigenden Gedanken, daß es noch Männer
gibt, die rastlos tätig sind, um die soziale Not im Volke
beseitigen, und mit der freundlichen Hoffnung, daß nach
dem Kriege, das dem Volke jetzt bereitet wird, auch
der bessere Zeiten kommen werden, Zeiten förderlicher
geistiger Gesundung des Volkes. Wenn auf dem ge-
meinen Weg gut weitermarschiert wird, brauchen wir
zu verzweifeln, und die Nachwelt wird den jetzigen
Männern zu danken wissen. Darum unbekümmert vor-
wärts!

Wien. In der Nacht von Samstag auf Sonntag
um 4 Uhr das Feuer und die Sturmglocke.
Krannte das Wohnhaus, die Scheuer und der Stall
der Witwe Ridel. Die ganze Einwohnerschaft war auf
den Straßen und Hilfskräfte neben der Taxis herbeigeeilt.
Es genügt vorhanden. Der Schaden ist ziemlich be-
trächtlich, auch die Hühner sind verbrannt. Ursache noch
bekannt.

Aus Oberhessen. Wie in der Landesversamm-
lung des Hessischen Bauernbundes mitgeteilt wurde, ließen
sich Finanzämter in verschiedenen Orten gründliche
Ermittlungen nach verborgenem Papiergeld vornehmen.
Die Durchsuchungen sollen fortgesetzt werden. Bis jetzt
nach derselben Quelle bei den betreffenden Leuten
kein Geld gefunden worden.

Frankfurt a. M., 19. Dez. Eine außerordentlich
besuchte Mitgliebersammlung des Deutschen Eisen-
bahner Verbandes Groß-Frankfurt und Umgebung machte
in einer Entschließung die Beschlüsse des erweiterten
Landes dahin zu eigen, daß die Eisenbahner unter
den Umständen auf ihren Gehalts- und Teuerungszu-
schüßungen gegenüber der Regierung beharren. Die
Versammlung erklärte einstimmig, im Falle der Anwen-
dung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, des Streikes,
keine Streikunterstützung zu verzichten, damit der
Staat für das Existenzminimum der Eisenbahner, das
er Staat versagt, durch einen vollen Sieg erreicht wird.
Die Lage wird in Eisenbahnerkreisen insofern als sehr
angesehen, als in der letzten Zeit große Beamten-
steuern aus ihren Beamtenvereinigungen ausgegliedert
wurden und sich dem Deutschen Eisenbahner Verband an-
schließen und damit ihre Solidarität mit den Eisen-
bahner erklären haben.

Ein gen. In dem schönsten Teil der Stadt zwischen
Kirche und Elektrizitätswerk müssen mehrgeschossige Ba-
nauenten für die Besatzungstruppen errichtet werden.
Hierfür in Rempten oder Büdesheim wurden ab-
gekauft, weil die Truppen an dem Aufenthalt im In-
nen der Stadt hängen.
Ein gen. Hier lebt eine Frau in sehr ärm-
lichen Verhältnissen; doch war dem Finanzamt so allerlei
erzählt gekommen, und es hielt deshalb in der Be-
sichtigung des armen Frauchens eine gründliche Haus-
suchung. Dabei wurden 105 000 Mark Papiergeld an-
geheimlich gebracht.

Frankfurt a. M. Die vom Truppenübungsplatz Gries-
heim zu erreichenden Jagdbezirke der Gemarkung
Büdelau, Griesheim und Büschel werden von den
militärischen Besatzungstruppen mit Vorliebe zur Aus-
übung der Wildbetei aufgesucht. Die Franzosen haben

sich Frettchen angeschafft, mit denen sie den wilden Ra-
ninnen, die zum jagdbaren Wild gehören, nachstellen. Die
Jagdbächter sind gegen diesen Unfug, der sich nachgerade zu
einer Katastrophe ausgeartet, machtlos.

Koblenz. Die französische Besatzungsbehörde ver-
bot nicht nur den Verkauf des Alkohols als solchen, son-
dern auch besonders den Weinverkauf an die Araber.
Ganz besonders ist die Veräußerung der Naturweine den
farbigen Franzosen gegenüber untersagt. Uebertretungen
werden durch die Militärbehörde geahndet, die auch das
Betreten der dabei in Frage kommenden Schankstätten
für bestimmte Zeit untersagen wird.

Halle, 19. Dez. Infolge Einfrierens eines Gas-
leitungsrohrs explodierte in den Rema-Werken bei Mer-
seburg eine Gasleitung. 200 bis 300 Meter im Umkreis
richtete die Explosion große Verwüstungen an. Der Betrieb
wurde zum Teil unterbrochen. Zwei Arbeiter wurden
getötet, 15 verwundet.

Berlin, 19. Dez. Nachdem volle 6 Tage die von
den Groß-Berliner Hotelbesitzern und Weinrestaurateuren
beschlossene Gegenmaßnahme gegen die Stellungnahme der
Behörden andauerte hat und die Küchenbetriebe während
dieser Zeit hermetisch geschlossen waren, hat gestern der
Berliner Hotelbesitzer in einer Versammlung be-
schlossen, am heutigen Tage den Betrieb wieder zu eröffnen.

O Die Franzosen und die Bonner Beethovenfeier.
Der französische Delegierte der internationalen Beethoven-
kommission legte anlässlich des 150. Geburtstages Beethovens
am Beethovenentmal in Bonn, der Vaterstadt des Meisters
der Töne, einen Kranz mit Schleie in den französischen
Farben nieder. Er war die erste unter den zahlreichen
Kranzen, die am Denkmal niedergelegt wurden.

Letzte Nachrichten.

Paris, 20. Dez. (Zu) Zur Brüsseler Konferenz.
Während die Meldungen aus Brüssel die Vermutung aussprechen,
daß es zu einer Verständigung zwischen den Entente-Delegierten
und der deutschen Kommission kommen werde, bemüht sich ein
Teil der hiesigen Presse nach wie vor, das Mißtrauen gegen
Deutschland zu erhalten, allen voran der „Temps“, welcher seinen
gegründeten Leitartikel „Deutschlands Bankrott“ beilegt. Er führt
aus, daß Frankreich nicht länger die Lasten der Wiedergutmachung
tragen könne. Könne Deutschland der Krise nicht abhelfen, dann
müsse die Entente handeln im Interesse der ganzen Welt, so
schnell wie möglich.

Riga, 20. Dez. (Zu) Die militärischen Vorbe-
reitungen Sowjetrußlands. Der offiziellen Kreise hat
sich hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen der Bolschewisten
eine lebhaftige Unruhe bemächtigt. Auch in Estland sieht man
die fortgesetzten Kriegsvorbereitungen Rußlands mit lebhaftem
Unbehagen.

Berlin, 20. Dez. (Zu) Das Befinden der Kaiserin.
Nach aus Doorn eingetroffenen Meldungen halten die Ärzte
trotz der in den letzten Tagen eingetretenen Remission, den Zu-
stand der Kaiserin nach wie vor für hoffnungslos.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

Anzeigen.

Ludwig Schaffer, vorm. Nicolai,
Herborn. Hauptstr. 16.
Spenglerei, Installation
Haus- u. Küchengeräte. 3951

Empfehle als **Weihnachtsgeschenke** passend:

In Aluminium: Kaffeekessel, Seihen,
Kochtöpfe, Kopsolen usw.

In Emaillewaren: Eimer, Kaffeekessel,
Teigschüssel, weiß u. grau, usw.

In verzinkt. Waren: ovale Wannen Wasch-
töpfe, Viehdämpfer u. Eimer.

Spielwaren u. Christbaumschmuck
In grosser Auswahl, darunter
Eisenbahnen mit Uhrwerk, Dampfmaschinen,
Aufziehsachen, Bilderbücher und emaillierte
Küchengeräte für Puppenküchen.

Die bestellten 4168
Weihnachtsgänse
können abgeholt werden.
Herborner
Delikatessenhaus.

Lodenjoppe
gefunden. 4168
Gegen Rückerstattung der
Insatzgebühren abzuholen.
Karl Seifler, Mühlbach 8.

Geld verleiht monatliche
Rückzahl. Müller
& Lehmann, Düsseldorf 89.

Evang. Kirchenchor.
Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr
Lehete Probe f. Weihnachten

Eigenes Schlafzimmer
neu, 2 Betten m. Rohhaar-
matratzen, Spiegel, Kleider-
u. Wäschekrank, Waschtisch
(Spiegel) und 2 Nachtsche
mit Marmor, 2 Stühle, zu
verkaufen. Von wem, zu erf.
i. d. Geschäftsst. d. Bl. 3988

Zu Weihnachten

empfehle:

Für Raucher:

Pfeifen
in nur prima Ware,
Mutzen,
echt Bruyer, von
Mk. 12.— an,
Tabak
in allen Preislagen,
Zigarren,
gut abgelagert,
von 50 Pfg. an,
Zigaretten
in nur bek. Marken,
Zigarren-
u. **Zigarettenspitzen,**
Tabaksbeutel etc.

Spazierstöcke
für Herren und
Knaben,
Regenschirme
f. Damen u. Herren
von 80.— Mk. an,
Cigarren-Etuis,
Brieftaschen,
Geldscheintaschen,
Portemannaies
in nur prima Leder,
Cigaretten-Etuis.

Harmonikas, Pistolen, Zündblättchen,
Knallkorke, Federkasten, Wunderkerzen,
Taschenlampen, Batterien. 4008
Schliesskörbe, Waschkörbe.

Adolf Nies, Herborn,
Hauptstrasse 22.

Das 4086
billigste u. schönste Geschenk
bleibt ein gutes Buch.

Bücher sind im allgemeinen nur um das
3—fache teurer als vor dem Krieg, wäh-
rend alle anderen Waren das 10—20fache
kosten.
Man beachte diese Tatsache besonders
beim Einkauf von Weihnachtsgeschenken

Oranien-Verlag, Herborn

Tüchtiger Schreiner
gesucht. 4134
Herborner Pumpenfabrik.

Malaga,
Spanischer Süßwein
Österreich. Süßwein,
Deutsche Weiss-
und Rotweine
empfiehlt 399
Fr. Fahr, Herborn,
Mühlgasse.

Turnverein Herborn.
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Vorstands- u. Vorturner-
schaftssitzung
in der Turnhalle.
Ein fast neuer eiserner
Stuhlschlitten
zu verkaufen. 35 Mk.
4161 Kaiserstraße 301.

Statt besonderer Anzeige.

Bestern abend 10 1/2 Uhr verschied nach langem, schwerem, mit
Geduld ertragenem Leiden mein lieber guter Vater, unser treusorgender
Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Herr Ludwig Schneider

Bürgermeister a. D. Veteran von 1870/71

im 75. Lebensjahr.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Karoline Schneider, geb. Pfeiffer
Willy Schneider
Ida Meckel, geb. Schneider
Emma Schneider, geb. Hermann
Willy Meckel
und 4 Enkel.

Nenderoth, Herborn, den 20. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 23. Dez., nachm. 1 1/2 Uhr statt.

Grosse Auswahl in Herren-, Burschen- und Knaben-Anzügen

❖ Ulster und Paletots ❖
Einzelne Hosen.

Herrenschirme in grosser Auswahl.

Sonntags bis 6 Uhr geöffnet.

Leopold Hecht, Herborn

Hauptstrasse 80.

4058

Große Auswahl in :: Damen-Mänteln :: in Flauch, und Astrachan.

Schwarze Tuchmäntel, Kindermäntel
in allen Größen und Farben.

Eine Partie
zurückgekehrt Damen-Mäntel pro Stück Mk. 75,-

Pelze in großer Auswahl.

Borzügliche erstkl. Nähmaschinen.

Leopold Hecht :: Herborn

Hauptstrasse 80.

Hauptstrasse 80.

4059

Cognac-Weinbrand - Cognac-Verschnitt,

Jam.-Rum empfiehlt billigst Kirschwasser

Rum-Verschnitt. **J. C. Weyel** Obstsaftwein

Boonkamp Wachholder

Tafelhummel Lihörfabrik, Steinhäger

Cherry-Brandy alter Korn

Cutacao Herborn. Telefon 49. Nothhäuser

Silikhör, Hamburger Tropfen etc. etc.

Geochenk-Badungen in 1/2 Flaschen. 4164



VERLOBUNGS-BRIEFE VERLOBUNGS-KARTEN

IN BÜTTEN U. SONSTIGEN
APARTEN PAPIERSORTEN

J. M. BECK'SCHE
BUCH- u. KUNSTDRUCKEREI
HERBORN

Dankjagung.

Für die uns bei dem Heimgange unseres lieben Kindes
erwiesene Teilnahme sagen herzlichsten Dank

Familie Kahl.

Burg, den 20. Dezember 1920.

4165

Todes-Anzeige.

Samstag mittags 1 Uhr entschlief sanft nach langem Leben
meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und
Großmutter,

Frau Elise Jopp, verwitw. Katholik.

Die trauernden Hinterbliebenen:
E. Jopp u. Kinder.

Beerdigung: Dienstag, 21. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr.

Als Weihnachtssendung

sind eingetroffen:

Stollwerk-Schokoladen und -Pralinen

Berger-Schokoladen und -Pralinen

Holer-Schokoladen und -Pralinen

und empfehle dieselben zu den
aufgedruckten Höchstpreisen.

4167

Konditorei Schulze, vormalig H. Sterkel.

Von der Zerstörung von Heeresfahrzeugen
herrührende

4089

Räder,

Wagen und ganze Wagen verkauft
**Sieg-Rheinische Lokomotiv- und
Maschinenfabrik, Kirchen-Sieg.**

Maschinenöl
Zylinderöl
Maschinenfett
Wagenfett
Puhbaumwolle
Stopfbuchsen-
packungen
Dichtungsplatten

empfiehlt 43

Karl Gaerthe,
Wehlar.

Die am 22. Sept. 1920
gegen die Witwe Regine
Schäfer in Merkenbach aus
gesprochene Beleidigung
nehme ich mit dem Aus-
druck des Bedauerns zu-
rück.

4170

Merkenbach, 7. Dez. 1920.
Eina Nickel, geb. Blas.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 4 1/2 Uhr
unser gute, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Frau Marie Rühl Ww.

geb. Peng

plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages im Alter von
66 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Herborn, Osterfeld (Westfalen), Kiel, Ufersdorf,
Siegen, Beldorf, den 18. Dezember 1920.

4167 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie C. Reuter.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 21. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause, Mühlstraße 9, aus statt.

**Bevor Sie Ihre Einkäufe machen,
sehen Sie sich mein Lager an.**

Gestricke schwarze wollene Damen-
stien (Reichsware) per Stück 29.75

Ungebleichten Nessel 100 cm breit (Reichsware) per m 12.50

Kemdenhülle, ungebleicht weiss und farbig, in allen Preislagen

Bettkanten in prima schwerer, waschechter Ware 22.50

Kleiderstoffe, in schwarz u. farbig gute Wolle, per m von 39.50 an

Guten weissen Bettuchhülle per m M. 24.-

Prima weissen Bettuchhülle per m M. 36.-

Kemdenhülle in allen Preislagen.

Herren-Anzugstoffe per m von M. 45.- an

Unterrockhülle, schwere Qualität, p. m. M. 21.-

Schwere graue Decken, per Stück M. 35 u. 50.-

Herren- und Damenhemden und -Beinkleider.

Schürzenstoffe per m Mk. 23.50 und 30.-

Prima Gummihosenträger mit gutem Lederbesatz, Paar Mk. 15 u. 18.50

Gardinen in weiss Krawatten in reichster Auswahl

Taschentücher für Damen und Herren in weiss und farbig.

Leopold Hecht, Herborn,
Hauptstr. 80 Fernruf 29.

4080